

Albrecht ist Regierungschef im Land mit der höchsten deutschen Arbeitslosigkeit. Sein Papier signalisiert weitere Talfahrt. Vorsorglich zeigt er mit dem Finger auf Kohl und Bonn. Die Euphorie des letzten Jahres hält Albrecht für brüchig. Biedenkopf befürchtet im Übrigen weiteren US-Zinsdruck sowie Exportverfall.

Die Krise ist nicht mehr zu verdrängen, geschweige denn zu verstecken. Taktik und demagogische Sucht nutzen nichts mehr, treffen auf eine verunsicherte und mißtrauisch gewordene Bevölkerung. Politisch zählt allein, was konkret gegen die Krise gemacht werden soll. Der nur taktische Umgang mit der Krise hat sich verbraucht.

2. Neue Fragen drängen sich auf: Will sich die Bundesregierung weiterhin weigern, in dieser Lage selbst Perspektiven und Antworten auf die rapiden sozialen und technologischen Strukturveränderungen vorzulegen? Will das CDU-Lager - heute faktisch ein Machtmonopol in Bund und vielen Ländern - nur mit den lancierten Papieren von Ministerpräsident Albrecht und Fraktionsmanager George hantieren?

Will sich der Kanzler der neu aufgebrochenen Diskussion entziehen, die Thesen seines Wirtschaftsflügels wie Versuchsballons benutzen und mit Jein-Kommentaren bedrängen, aber im Übrigen aus der Richtlinienverantwortung eine Schlinger-Kompetenz des Kanzlers machen?

Und die Sozialausschüsse? Anstatt von der eigenen Regierung politisches Handeln gegen die Depression zu fordern, holen sie lediglich die Pauken aus dem Instrumentenkasten und spielen Albrecht öffentlich auf. Dabei marschieren sie klammheimlich mit: Bei der Rückzahlung der Investitionsabgabe, beim Mutterschutz, bei Miete, bei Lehrstellen und Sozialeingriffen. Die Dauerdemagogie erhält Züge politischer Schizophrenie.

Der politische Herbst beginnt mit einem großen Dilemma: Wirtschaftsinstitute kommentieren, der Aufschwung sei im "Sommerloch versackt", Belastungen und Unsicherheit der Bevölkerung wachsen, das Unionslager lanciert Papiere, die Regierung geht auf Tauchstation, und die CDU-Sozialausschüsse werfen Nebelkerzen. Die Politik verkommt zum selbstgefälligen Machtgebrauch. Aber gerade davon hat unser Land schon mehr, als es vertragen kann und will.

3. Auffallend ist an den Albrecht- und George-Thesen, was sie nicht oder nur verschleiern und ausweichend sagen. Kein aktives Beschäftigungs- und Arbeitsmarktprogramm von Bund und Ländern wollen sie, keine durchgreifende Finanzierung öffentlicher Investitionen im Sinne konkreter Aufträge der öffentlichen Hand an die Wirtschaft. Die Krise verschärft sich, aber der abstinenteste Staat mit seinen wirtschaftlichen Entzugserscheinungen bleibt konservatives Idealbild.



Verschwiegen werden die gewaltigen Strukturprobleme in Europa - Stahl, Werften, Textil, die Lage an Saar und Ruhr, in Belgien, Lothringen und an den Küsten Nordwest-Europas. Ursprüngliche Wiegen des Industrialismus sind zu Krisenherden geworden.

Verschwiegen wird, wie die Investitionskraft der Gemeinden zusammenbricht, wie der Bund soziale Defizite erzeugt und dann auf die Städte und Gemeinden verlagert, deren Sozialhilfesziffern sprunghaft zunehmen.

Und verdrängt werden die verheerenden Folgen wachsender Jugendarbeitslosigkeit, die ganze Teile der jungen Generation sozialökonomisch ausgliedert, wie Krise und Desintegration sich wechselseitig treiben.

Wer den Unternehmern, wie in den Thesen, große Steuersenkungen in Aussicht stellt, aber gleichzeitig die öffentlichen Investitionen zusammenbrechen läßt, das Sozialleistungssystem aus dem Gleichgewicht bringt, Gemeinden mit Armut anstatt mit realen Chancen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Depressionen versieht, die gigantischen Probleme ganzer Regionen und Branchen aus der öffentlichen Verantwortung ausklammert und die Menschen dieser dicht besiedelten Räume ihrem Schicksal überläßt, der hat die Frage nach dem Charakter unseres Staates und unserer Gesellschaft zur Diskussion gestellt. Das ist eine Streitfrage ersten Ranges.

4. Der Charakter der Albrecht-George-Thesen besteht nicht darin, mit einer neuen Politik das Wiederaufleben der kapitalistischen Krisen zu bekämpfen. Eher umgekehrt: Staat und Gesellschaft sollen den kapitalistischen Krisentendenzen angepaßt werden.

Einfach ausgedrückt: In solchen Zeiten denken zum Beispiel Bankier Münchmeyer über Einkommen, Steuern und soziale Sicherheit grundlegend anders als die breiten Schichten. Ihn belasten weniger Nachfragesicherung, soziale Balance und öffentliche Investitionen. Er denkt ans Geld, Steuersenkungen und Einkommens-Differenzierungen. Der Partner dieser Kreise blieb der alte Adam, der sich eine richtige Krise ohne Abstieg und Armut schwer vorstellen kann, und der in schweren Zeiten aus egozentrischen Ansprüchen auch noch Gebote der wirtschaftlichen Vernunft macht.

Schlimm ist, wie in den Unionspapieren mit dem einst hochgelobten "Wirtschaftsbürger" umgegangen wird, wie Arbeitnehmer wieder zur Ware Arbeitskraft deklariert werden, gleichsam zum kalkulatorisch zu behandelnden Kostenfaktor. Daß Arbeitnehmer aufgeschlossen, fähig und willens sind, an der Bekämpfung wirtschaftlicher Krisen mitzuarbeiten, begegnet eher Mißtrauen. Der soziale Konsens gerät in Verdacht. Darum sollen auch - folgt man den Papieren - die Mitbestimmung, das Tarifvertrags- und Arbeitsrecht, die Arbeits- und Sozialbeziehungen auf dem Krisenamboß umgeschmiedet werden. Neue Technologie und Produktionsorganisationen - so liest es sich - sollen Arbeitsplätze, Arbeitsrechte und heutige Arbeitsbeziehungen abbauen, suchen ungehinderte Verfügungsgewalten, also alles andere als den Konsens. Dies ist - nimmt man es ernst - eine neue politische Charakterbestimmung für ein Land, in dem sein Grundgesetz eigentlich einen sozialen und demokratischen Rechtsstaat sehen will.

Anstatt Auswege aus der Krise über konkrete Beschäftigungs- und soziale Strukturpolitik zu suchen, die mit den Arbeitnehmern gemacht und nicht durch ihre wirtschaftspolitische Entmündigung durchgesetzt wird, drängen traditionelle Krisenmentalitäten nach vorn. Das liest sich wie die rechte Literatur in den letzten Jahren der Weimarer Republik.

Die jetzt vorgelegten Papiere haben richtig beschrieben, daß die Aufschwungplakate vom 6. März 1983 vergilben, für die Beschaffung der Macht, aber nicht für deren Gebrauch taugen. Diese grelle Beleuchtung aus dem Unionslager wird die künftige Innenpolitik genauso verändern wie der jetzt aufbrechende Streit über den Inhalt der Papiere. Daran werden auch Blüms Nebelkerzen nichts mehr ändern.

Jetzt beginnt in Bonn die politische Auseinandersetzung. Das kann nur heißen, die Bundesregierung dingfest zu machen, sie zur Offenlegung zu bringen, von der Demagogie zur konkreten Politik zu kommen. Die Regierung erlebt jetzt die "Wende" mit ihrer ganzen Tücke und völlig anders, als sie ursprünglich gedacht hatte. (-/5.9.1983/ks/va)

+ + +



6.000 Arbeitslose weniger machen noch keinen Aufschwung

Der Arbeitsmarkt hat keinen Schnupfen - sondern eine Lungenentzündung

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages

Am heutigen Montag werden von der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit zum 10. Mal nach der Bonner "Wende" die Arbeitsmarktzahlen des vergangenen Monats vorgelegt. Es handelt sich dabei um ein Jubiläum, das wohl nirgendwo Sektkorken zum Knallen bringen wird, auch nicht bei den Nürnberger Berufsoptimisten, die wie selbstverständlich auch den jüngsten düsteren Zahlen wieder einmal Positives abgewinnen konnten.

Die Abteilung "Semantik und Wortkosmetik" der Bundesanstalt spricht in ihrer heutigen Presseinformation denn auch öffentlichkeitswirksam von einer Verlangsamung der konjunkturellen Abwärtsbewegung, einem geringfügigen Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl, und sie vergißt auch nicht, eine seit 1979 erstmalig wieder festzustellende "leichte Abnahme der absoluten Arbeitslosenzahl in einem August" herauszustellen (- 6.0003 = 0,3 Prozent gegenüber dem Vormonat).

Doch einmal abgesehen von derartigem Monat für Monat zu beobachtenden Wortgeklingel ergibt sich folgendes Bild: Die Zahl der Arbeitslosen belief sich im August 1983 auf fast 2,2 Millionen und lag damit um 22,2 Prozent über der des Vorjahresmonats August 1982. Die Arbeitslosenquote betrug damit 8,9 Prozent und + 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch der Zugang an Arbeitslosen bewegt sich mit 282.100 Menschen noch immer auf einem erschreckend hohen Niveau.

Der Zugang an offenen Stellen ging gegenüber dem Vormonat um 16 Prozent zurück, und die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren erhöhte sich nochmals um 11.500 oder sechs Prozent auf nunmehr 209.900.

Daß die Zahl der Kurzarbeiter von Juli auf August um 13 Prozent auf 379.200 abnahm, ist allgemeinüblich im Hochsommer und kein Indiz für eine wie auch immer geartete Besserung der Verhältnisse, zumal gegenüber dem Vorjahr 16,4 Prozent mehr Kurzarbeiter zu verzeichnen sind.



Ein Fazit: der Kanzler verspricht immerzu Lehrstellen, die dann nicht vorhanden sind. Der Wirtschaftsgraf verheißt permanent den Aufschwung, der dann nicht kommt. Und der Arbeitsminister - was verspricht der? Beziehungsweise was kann dieser zum Beispiel dem Heer der Arbeitslosen überhaupt noch versprechen angesichts der Tatenlosigkeit dieser Bundesregierung?

Schließlich hat der bundesdeutsche Arbeitsmarkt keinen Schnupfen, sondern eine ausgewachsene Lungenentzündung, die sich nicht durch Abwarten bessert, sondern die dringend therapiert werden muß.

Die unmittelbar Betroffenen in den Fluren der Arbeitsämter wissen das! Alle Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitiker wissen das! Nur die Verantwortlichen in der Regierungskoalition diskutieren mit Vehemenz die falschen Papiere mit den falschen Lösungsvorschlägen. Rezepte zum Sozialabbau à la Otto Graf Lambsdorff, Haimo George oder Ernst Albrecht bringen keine Besserung - Im Gegenteil!!

Aderlässe nach den Vorstellungen dieser Herren und ihrer Parteifreunde gefährden nur den inneren Frieden und geben Anlaß zu tiefer Sorge. Einem Jahrhundertsonmer und einem sogenannten heißen Raketenherbst könnte auf diese Weise ein "Hitzewinter" folgen in der Auseinandersetzung um die Erhaltung des Sozialstaates.

Heute findet die Sommerpause des Parlaments ihr Ende mit einer Sitzungswoche, in der der Haushalt 1984 im Mittelpunkt des Interesses stehen wird. Die SPD-Bundestagsfraktion wird diese und die kommenden Beratungen zum wiederholten Male dazu nutzen, ihre konkreten Vorstellungen auf den Tisch zu legen und CSU, CDU und FDP zur Stellungnahme zu zwingen.

(-/5.9.1983/ks/va)

+ + +



Der "Tu-Nix"-Minister und die Gurtfrage

Verkehrsminister Dollinger muß begreifen, daß seine Politik gefährlich ist

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Die jüngsten Äußerungen von Bundesverkehrsminister Dollinger lassen darauf schließen, daß er eventuell doch noch bereit ist, zu einem Umdenkungsprozeß beim Verwarnungsgeld für Gurtmuffel zu kommen. Dies wäre sehr zu begrüßen - aber lange Zeit sollte er sich für seinen Lernprozeß nicht mehr lassen, denn eine verantwortungsbewußte Verkehrssicherheitspolitik kann nicht leichtfertig Verkehrstote in Kauf nehmen.

Es ist erschreckend, daß die Repräsentanten einer Partei mit dem Namen Christi in ihrem Parteinamen menschliches Leben so wenig achten, daß positive Ansätze im Bereich der Verkehrssicherheit auf dem ideologischen Altar der vermeintlichen Autofahrerfreiheit geopfert werden. Erinnern wir uns! Wer sich künftig nicht anschnallte, sollte - nach jahrelangen Diskussionen - mit einem Verwarnungsgeld von 20,- DM "bestraft" werden. Obwohl alle internationalen und nationalen Erfahrungen für dieses Verwarnungsgeld sprachen, gibt der Verkehrsminister Dollinger sofort nach seinem Amtsantritt diese Vorstellungen auf. Die Entscheidung gegen das Verwarnungsgeld für Gurtmuffel haben und werden auch künftig noch Menschen mit Gesundheit oder gar ihrem Leben bezahlen.

Dollinger setzt auf die sogenannte Selbstverantwortung der Autofahrer. 2,2 Millionen DM werden für eine neue Aufklärungskampagne gegen Gurtmuffel ausgegeben - nicht einbezogen die Gelder, die von unseren Verkehrssicherheits-Organisationen ausgegeben werden. Dollinger sah sich zu dieser Aufklärungskampagne gegen Gurtmuffel gezwungen, weil die ohnehin nicht berauschende Gurtmoral permanent sank, nachdem Dollinger das Verwarnungsgeld wieder in der Schublade verschwinden ließ. Im innerstädtischen Verkehr trägt nicht einmal mehr jeder vierte Autofahrer den lebensrettenden Gurt.

Dabei ist bei allen Experten unbestritten, daß außer der ständigen Gurtbenutzung keine andere Maßnahme existiert, mit der die Zahl der Opfer von Verkehrsunfällen so schnell, so sicher und so entscheidend reduziert werden könnte. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gäbe es täglich fünf Tote und 170 Verletzte weniger, wenn alle Pkw-Insassen bei allen Fahrten den Gurt anlegten.

Der "Tu-Nix"-Verkehrsminister Dollinger sollte sich diese Zahlen hinter die Ohren schreiben. Ebenso sollte er sich merken, daß der durch das Nichtangurten in der Bundesrepublik Deutschland entstehende volkswirtschaftliche Schaden nach einer Untersuchung der regierungsamtlichen Bundesanstalt für Straßenwesen jährlich auf nahezu zwei Milliarden DM zu veranschlagen ist. Die internationalen und nationalen Zahlen zeigen, daß durch das Verwarnungsgeld die Gurtanlagequote beträchtlich steigt. Gelingt es, die Zahl der Gurtbenutzer zu steigern, so bedeutet das pro Prozentpunkt und Jahr einen Nutzenzuwachs von 50 Millionen DM.

Wenn man sich dann noch vor Augen hält, daß ein erheblicher Anteil dieses volkswirtschaftlichen Schadens in der Größenordnung von zwei Milliarden DM pro Jahr von den Bürgern über die Beiträge zur Autoversicherung, zur Krankenversicherung, zur Rentenversicherung oder in Form von Steuern aufzubringen und zu finanzieren sind, kann man sich nur wundern, wenn der verantwortliche Verkehrsminister von der "Selbstverantwortung der Autofahrer" faselt. Das Gurtanlegen ist keine reine Privatsache, im Gegenteil, es liegt im wohlverstandenen Interesse jedes Einzelnen, wie auch der Allgemeinheit.

Diesen Sachverhalt hat unter anderem auch das Bundesarbeitsgericht gewürdigt, als es in zwei Urteilen entschied, daß nach einem Unfall verletzte Arbeitnehmer nur Anspruch auf Lohn- oder Gehaltsfortzahlung haben, wenn sie angegurtet waren.

Herr Minister Dollinger, ich appelliere an Sie, beenden Sie Ihre Lernphase so schnell wie möglich, beenden Sie Ihr Zögern und Zaudern, opfern Sie nicht die Verkehrssicherheitspolitik auf dem Altar des Parteienegoismus und erkennen Sie endlich: Der Sicherheitsgurt ist das beste Instrument für eine Erhöhung der Verkehrssicherheit; deshalb schärfen Sie endlich dieses stumpf gewordene Instrument und führen Sie das Verwarnungsgeld ein.

(-/5.9.1983/ks/va)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

